

POSITIONSPAPIER

Zur Kultur in Berlin

Oktober 2009

Der Rat für die Künste als Zusammenschluss von Berliner Kultur- und Kunstinstitutionen sowie zahlreicher Initiativen begleitet seit Jahren sowohl kritisch mahnend als auch konstruktiv beratend die kulturpolitische Entwicklung der Stadt. So sind im Zusammenspiel der unterschiedlichen Auffassungen, Meinungen und Positionen in der Vergangenheit wesentliche für Berlin wichtige Entscheidungen getroffen und Förderprogramme eingerichtet worden, die maßgeblich auf Bestreben des Rats für die Künste begründet wurden. Er hat so nicht nur die Etablierung des Hauptstadtkulturfonds bewirkt, sondern auch wichtige Weichenstellungen für die Gründung des Projektfonds Kulturelle Bildung gelegt.

Weltweit gilt Berlin als Stadt, von der wichtige künstlerische und kulturelle Impulse ausgehen. Mittlerweile ist es auch den politisch Verantwortlichen bewusst geworden, dass Berlin international für seine innovativen und kreativen Institutionen, Projekte und Programme bewundert wird, die wiederum eine starke Anziehungskraft für Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt ausüben. Die Kultur Berlins ist der am häufigsten genannte Grund für den Besuch der Stadt. Die breit gefächerte Struktur und die Vielfalt von Institutionen der großen und kleinen Häuser, getragen von Eigeninitiativen über Projektförderungen bis zu umfassender institutioneller Förderung haben seit Jahrzehnten diese besondere kulturelle Atmosphäre Berlins begründet. Mit Sorge beobachtet der Rat für die Künste, dass dieses Geflecht an einem seidenen Faden hängt. Es reicht nicht aus, mit allgemeinen Bekundungen und Lippenbekenntnissen die Kultur dieser Stadt zu rühmen und sich mit der Vielfalt zu schmücken, ohne sich um die Absicherung dieser Institutionen und den Ausbau der Struktur zu bemühen.

Der Rat für die Künste hat sich in den vergangenen Monaten schwerpunktmäßig mit einigen Themenkomplexen intensiver beschäftigt. Wir legen Ihnen daher mit diesem Positionspapier keinen umfassenden kulturpolitischen Forderungskatalog vor, sondern gehen pointiert auf mehrere Punkte ein, deren Behandlung z.Zt. wichtig erscheint und zu denen wir gerne mit Ihnen, den geschätzten Leserinnen und Lesern dieses Positionspapiers, in einen inhaltlichen Austausch eintreten würden.

Kulturelle Bildung

Mit der als Initiative des Rates für die Künste 2006 gestarteten OFFENSIVE KULTURELLE BILDUNG ist Kulturelle Bildung im Alltag von Bildung und Kultur angekommen und es ist gelungen, insbesondere mit den vom Rat initiierten Partnerschaften zwischen Kulturinstitutionen und Schulen, ein deutschlandweit beachtetes Modell qualitativ neuer Kooperationen zu entwickeln.

Der durch das Abgeordnetenhaus für 2008/2009 beschlossene Projektfonds für Kulturelle Bildung stellte für Kooperationsprojekte zwischen Schulen und Kulturinstitutionen Gelder in Höhe von insgesamt 3,5 Mio. Euro zur Verfügung. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Fortsetzung des Projektfonds für

Seite 1 von 6

Rat für die Künste >>> Sprecher >>> Leonie Baumann >>> Bernd M. Scherer

Kontakt >>> Katharina Gelhaar >>> gelhaar@hkw.de

nicht ab. Programme beschränken sich häufig auf ein bekanntes Repertoire und sind auch deshalb für einen Teil der Berliner Bevölkerung uninteressant.

Der Rat für die Künste setzt sich dafür ein,

dass die Förderung von „Diversity“ in Institutionen der Kultur stärker als Management- und Querschnittsaufgabe begriffen wird. Gezielte Nachwuchsförderung, eine stetige Anpassung der Förderrichtlinien von Zuwendungsgebern und Stiftungen unter dem Aspekt „Diversity“, eine entsprechend „diverse“ Zusammensetzung der Jury's, sowie eine Unterstützung der Kulturinstitutionen bei der Ausarbeitung ihrer spezifischen Möglichkeiten in Hinblick auf „Diversity“ (Workshops mit Experten, Strategieentwicklung und -umsetzung) wären nach unserer Auffassung für eine Weiterentwicklung grundlegend.

Neue Musik in Berlin

Neue Musik hat im Kulturleben Berlins nach der Wende einen bedeutenden Aufschwung erfahren. Dies gilt besonders auch für die nicht fest institutionalisierte so genannte „freie Szene“ in der Neuen Musik. Positive Merkmale dieser Entwicklung zeigen sich an der gewachsenen Zahl und zunehmender Professionalität der Veranstalter, Ensembles und Einzelmusiker, an dem starken Zuzug insbesondere auch ausländischer Musiker und Komponisten nach Berlin, an einfallreicher Vielfalt der Veranstaltungsformen und an einer positiven Entwicklung der Besucherzahlen.

Einen nicht unbedeutenden Anteil an dieser günstigen Entwicklung hat die Initiative Neue Musik Berlin e.V., die bereits kurz nach der Wende auf Betreiben des Senats als Solidarverband der freien Veranstaltungs- und Ensemble-Initiativen gegründet wurde. Die INM verwaltet und vergibt treuhänderisch durch Entscheidung einer demokratisch gewählten Jury große Teile der Senatsmittel für freie Musikprojekte. In dieser Konstruktion und Aufgabenstellung gilt die INM in Berlin und überregional als hoch gelobtes Modell einer subsidiär organisierten Mittelvergabe.

Moderiert durch den Rat für die Künste hat in den letzten Monaten ein intensiver Diskussionsprozess zur Qualifizierung und Modifizierung a) der Vergabe und b) der Öffentlichkeitsarbeit für Projekte der Neuen Musik stattgefunden. Die nun von der INM vorgelegte Neukonzeption ist dazu geeignet, die vorhandenen und zukünftigen Entwicklungen gezielt zu befördern.

Der Rat für die Künste geht davon aus,

dass aufgrund der positiven Resonanz auf die Vorschläge der INM die weitere Vergabe der Mittel von dieser Organisation in transparenter und demokratischer Weise erfolgt und die vorgeschlagenen PR-Konzepte umgesetzt werden. Mit der in Aussicht gestellten Förderhöhe wäre es möglich, sowohl die Situation der Produzenten und Rezipienten der Neuen Musik in Berlin erheblich zu verbessern als auch eine gezielte Förderung von Neue Musik Ensembles zu erreichen und ihr internationales Ansehen weiter zu festigen. Ein zunächst in Aussicht gestelltes Ausschreibungsverfahren, an dem sich die INM hätte beteiligen können, erachtet der Rat für die Künste zum gegenwärtigen Zeitpunkt als kontraproduktiv. Vorhandene Kompetenz gilt es besser abzusichern und in einem konstruktiven Dialog zu bestärken.

Operndebatte

Große Häuser und freie Szene

Berlin positioniert sich mit Geschick und Erfolg im internationalen Ranking der Kulturmetropolen als dynamische, boomende Stadt - und eben nicht als Zentrum einer konservativen Hochglanz- und Eventkultur à la Bayreuth. Wie in anderen Kunstsparten - etwa dem Sprechtheater - kommt auch im Musiktheater der "freien Szene" eine zentrale Rolle für diese Dynamik zu. Es gilt Potenziale besser zu nutzen und zu verzahnen, Neues gezielter zu fördern statt der bloßen Reproduktion von Vorhandenem.

Der Rat für die Künste schlägt vor:

1. Neue Werke aus einem Topf zu fördern, der sowohl den Häusern der Stiftung wie auch anderen Gruppen/Institutionen offen steht (Finanzierung aus bisherigen Mitteln der Stiftung).

Dabei müssen in jedem Fall die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, in denen Musiktheater heute spielt, was hier insbesondere den Einbezug der migrantisch geprägten Bevölkerung der Stadt meint.

2. Die Unterstützung bestehender freier Gruppen/Institutionen sowie die Gründung neuer Gruppen durch kostenfreie Nutzung der Infrastruktur der Opernstiftung.

3. Berliner Operngipfel: Auf Einladung des Senats wird ein Runder Tisch des Berliner Musiktheaters etabliert, an dem sowohl die Intendanten der Opernstiftung wie auch Akteure der "freien Szene" ihre Konzepte / Projekte vorstellen und absprechen.

Tanz

Die Sicherung des Hochschulübergreifenden Zentrum Tanz (HüZT) ist mittlerweile erfolgt, wie es die Koalition 2006 vereinbart hatte, und es wurden knapp 6 Mio. € Lottomittel für die Herrichtung der dafür erforderlichen Räumlichkeiten bewilligt. Dies ist als Maßnahme zur Förderung einer zeitgenössischen professionellen Ausbildung zu begrüßen. Die Sicherung und Erweiterung der Förderung für die künstlerische Produktion, die ebenfalls Bestandteil der Koalitionsvereinbarung war, ist damit jedoch noch nicht erfolgt. Eine akademische/fachgemäße Ausbildung und die dafür nötigen Räume sind wichtig, dürfen aber nicht mit Kunstförderung und Stärkung von Produktionsstrukturen verwechselt werden.

Der Tanz in Berlin wird derzeit mit 11 Mio. € gefördert, von denen 7 Mio. € das Staatsballett erhält. Für die freien zeitgenössischen Strukturen und Compagnien inklusive des internationalen Tanzfestivals "Tanz im August" und Sasha Waltz & Guests stehen insgesamt knapp 4 Mio. € inklusive Hauptstadtkulturfonds zur Verfügung. Dies bedeutet 1% des Kulturetats und ist entschieden zu wenig. Der freie zeitgenössische Tanz spielt eine bedeutende Rolle im Kulturleben Berlins und genießt sowohl national als auch international einen hohen Rang. Setzt der Senat die Koalitionsvereinbarung nicht in Taten um, wird dies jedoch nicht so bleiben können.

Der Rat für die Künste erwartet:

Die Cie. Toulou Limnaios mit ihrer Spielstätte HALLE muss längerfristig und ausreichend unterstützt werden, da sonst eine weitere Spielstätte für den Tanz verloren geht. Hier ist tatsächlich generell ein bedenklicher Schrumpfprozess für Aufführungsräume von Tanz in Berlin zu verzeichnen.

Die bisher einzige institutionell geförderte zeitgenössische Tanzcompany Sasha Waltz & Guests sowie TanzWerkstatt Berlin / Tanz im August müssen vom Land Berlin langfristig gesichert werden, da die ursprünglich vorgesehene private Komplementärfinanzierung sich nicht in erwartetem Umfang gewährleisten lässt. Die Förderung durch den HKF kann hier nur als Übergangslösung dienen, die für den Haushalt 2012/13 beendet werden sollte.

Im Übrigen regt der Rat für die Künste an, Gutachtergremien und Beiräte, die über gemeinsame Fördertöpfe für freien Tanz und Theater entscheiden, mit entsprechenden Experten für Tanz und Theater zu besetzen.

Kunsthalle

Eine Kunsthalle für Berlin und Absicherung bestehender Kunstinstitutionen

Der Rat für die Künste beobachtet seit geraumer Zeit die unterschiedlichen Initiativen und begrüßt daher grundsätzlich die Initiative des Regierenden Bürgermeisters für die Gründung einer Kunsthalle in Berlin.

Wir geben allerdings zu bedenken, dass der internationale Ruf, der der Stadt heute im Bereich der zeitgenössischen bildenden Kunst vorausgeht, sich seit Jahren nicht in der finanziellen Ausstattung der vorhandenen Institutionen und Ressourcen widerspiegelt – im Gegenteil, die durch den Berliner Senat finanzierten Institutionen und Programme sind unterfinanziert und viele Akteure arbeiten unter mehr als prekären Verhältnissen. Gleichzeitig fehlen Räume und eine zeitgenössische Architektur für die Präsentation, die den Anforderungen der Kunstproduktion und ihrer Vermittlung nicht nur heute sondern auch in Zukunft gerecht werden.

Mit Blick auf das vorliegende Konzept für die Errichtung einer Berliner Kunsthalle, steht jedoch eine fundierte Analyse der vorhandenen Angebote und Ressourcen sowie das daraus folgende Profil und die Einordnung einer Kunsthalle in die gegenwärtige Struktur aus.

Der Rat für die Künste erwartet:

Die Etablierung der Kunsthalle muss eingebettet sein in die finanzielle Stärkung der bestehenden Kunstinstitutionen, dazu gehört u.a. auch ein klares Bekenntnis zur Weiterführung der Berlin Biennale und dem geplanten Ausbau des Bauhaus-Archives.

Die Diskussion über Profil, konzeptionelle Aufgabenstellung und Standortentscheidung wie auch über die finanzielle Ausstattung einer zukünftigen Kunsthalle und deren internationale Vernetzung und Einbettung in Berlin muss nunmehr fachlich geführt werden. Der Leitung muss der erforderliche konzeptionelle Freiraum für die inhaltliche Arbeit eingeräumt werden.